

**Thomas Fritz**

## **„Wehrhafter Westen“**

**Wie ein transatlantisches  
Partnerschaftsabkommen die unipolare  
Welt gegen China verteidigen soll**

**BLUE 21 Arbeitspapier**

**November 2006**

**Thomas Fritz**  
**„Wehrhafter Westen“**

**Wie ein transatlantisches Partnerschaftsabkommen die unipolare Welt gegen  
China verteidigen soll**

BLUE 21 Arbeitspapier  
Berlin, November 2006

## **Impressum**

© BLUE 21, Berlin, November 2006  
Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt  
und Entwicklung (BLUE 21) e.V.  
Gneisenaustraße 2a  
D-10961 Berlin  
Fon: +49-(0)30-694 61 01  
Fax: +49-(0)30-692 65 90  
blue21@blue21.de  
<http://www.blue21.de>

Bankverbindung:  
BLUE 21 e.V., Postbank Berlin, Kto.-Nr. 777896107, BLZ 100 100 10

# Inhalt

1. Freihandelszone oder ‚NATO der Wirtschaft‘?	3
2. Stichwortgeber: Lobbys mit parlamentarischem Arm	6
3. Strategische Partnerschaft mit Seitensprung	7
4. Warum Europa die US-Armee finanziert	10
5. Crash-Test: harte oder weiche Landung des Dollars?	12
6. China, geh du voran!	13
7. Globale Lastenteilung und Krisenexport	14
8. Militärs im Verteilungskampf	17
9. Einmischung gefragt	18
10. Literatur	20

## Über den Autor

**Thomas Fritz:** Gutachter und Publizist, Vorstandsmitglied der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung (BLUE 21) und freier Mitarbeiter des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika (FDCL).

**Kontakt:** [Thomas.Fritz@blue21.de](mailto:Thomas.Fritz@blue21.de)

# **„Wehrhafter Westen“**

## **Wie ein transatlantisches Partnerschaftsabkommen die unipolare Welt gegen China verteidigen soll**

Von Thomas Fritz

*Die Transatlantiker wittern Morgenluft. Immer zahlreicher werden ihre Vorstöße für einen Zusammenschluss Europas und Nordamerikas. Eine „transatlantische Freihandelszone“ wollen die einen, für einen „Atlantischen Wirtschaftsraum“ plädieren die anderen. Als Klammer diverser Etiketten schält sich das „Transatlantische Partnerschaftsabkommen“ heraus. Der US-Kongress, das Europaparlament und die CDU treten bereits dafür ein. Beim euro-amerikanischen Gipfel im kommenden Jahr soll es womöglich auf den Weg gebracht werden.*

*Dieses Integrationsprojekt geht weit über traditionelle Handelspolitik hinaus. In ihm reflektieren sich neue Bedrohungsszenarien wirtschaftlicher und militärischer Art: der Aufstieg Chinas, eine weltweite Rezession nach einem möglichen Dollarsturz sowie die im Irak-Krieg gereifte Erkenntnis, dass die USA ohne enge Bündnisse kein Garant globaler „Sicherheit“ sind. Nach Ansicht der Transatlantiker müsse ein gestärktes Westbündnis eine neue globale Lastenteilung durchsetzen. Dies betrifft sowohl die Anpassungslasten aus einer Dollarabwertung als auch die militärischen Kosten. Zwei Ziele stehen dabei im Vordergrund: die Abwälzung eines großen Teils der ökonomischen Anpassung auf die Dritte Welt sowie die Aufrüstung in Europa.*

### **1. Freihandelszone oder „NATO der Wirtschaft“?**

In den vergangenen Monaten wurde die deutsche Öffentlichkeit Zeugin einer konzertierten Aktion. Schlag auf Schlag unternahm ein konservatives Netzwerk verschiedene Vorstöße für die Errichtung eines gemeinsamen Marktes zwischen der Europäischen Union und Nordamerika. Als dessen prominentestes Mitglied trat Ende September 2006 Bundeskanzlerin Angela Merkel auf den Plan. Nach einer nicht-öffentlichen Sitzung des EU-Ausschusses

des Bundestages sagte sie: „Ich halte die Idee für faszinierend.“<sup>1</sup> Sollte die im Juli dieses Jahres vorläufig ausgesetzte Doha-Runde der Welthandelsorganisation WTO endgültig scheitern, werde sie den Vorschlag einer Freihandelszone zwischen Europa und Amerika vorantreiben.

Wenige Tage zuvor forderte der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des EU-Ausschusses, Matthias Wissmann, in der „Welt“ eine transatlantische

---

<sup>1</sup> 'Wirtschaftsbund: Merkel für Freihandelszone mit den USA', Spiegel Online, 30.9.2006.

Freihandelszone TAFTA (Transatlantic Free Trade Area) nach dem Vorbild des europäischen Binnenmarktes. Diese sei eine Antwort auf die „Herausforderungen der Globalisierung und der aggressiv wachsenden Volkswirtschaften in Asien“.<sup>2</sup> Deutschland solle die TAFTA zum Thema seiner EU-Ratspräsidentschaft im kommenden Jahr machen. Im Oktober schob Wissmann ein Papier nach, in dem er nunmehr ein „Transatlantisches Partnerschaftsabkommen“ propagierte.<sup>3</sup> Dieser Vorschlag fand sich prominent in einem außenpolitischen Beschluss des CDU-Bundesvorstands vom 23. Oktober wieder: „Um die Stärke der Freien Welt im 21. Jahrhundert zu garantieren, schlagen wir ein Transatlantisches Partnerschaftsabkommen vor, das alle wesentlichen politischen Felder umfasst (...).“<sup>4</sup>

Akademische Rückendeckung kam von der Stiftung Wissenschaft und Politik SWP. Angesichts des „günstigen historischen Moments“ forderte der SWP-Forscher Jens van Scherpenberg ein umfassendes „Abkommen über einen integrierten Atlantischen Wirtschaftsraum“. Die Bundesregierung solle das unter deutscher Ratspräsidentschaft im kommenden Jahr stattfindende EU-US-Gipfeltreffen nutzen, um diese Diskussion anzustoßen. Die Gipfelteilnehmer sollten beschließen, einen ersten Entwurf für ein Integrationsabkommen erarbeiten zu lassen, der beim

Folgegipfel als Diskussionsgrundlage dienen könne.<sup>5</sup> Beifall erhielt Merkel auch vom Bundesverband der deutschen Industrie. BDI-Hauptgeschäftsführer Ludolf von Wartenberg teilte mit, sein Verband setze sich schon seit langem für eine transatlantische Wirtschaftsintegration ein: „Mittel- bis langfristiges Ziel sollte ein Abkommen über die Schaffung eines gemeinsamen Marktes sein.“<sup>6</sup>

Kritik erntete Merkels Vorstoß jedoch in der handelspolitischen Ecke. So wettete der ehemalige „Wirtschaftsweise“ Juergen B. Donges: „Diese bilateralen Handelsverträge wirken immer marktabschottend gegenüber Dritten; das zahlen wir dann mit weniger Wohlstand.“<sup>7</sup> Sie führten überdies zu einer „deutlichen Schwächung der WTO“: „Tafta wäre für das Welthandelssystem ein großer Schritt zurück in Richtung Anarchie“.<sup>8</sup> Der Handelsexperte des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Rolf Langhammer, sekundierte. Die ausgeschlossenen Länder könnten zu Gegenmaßnahmen greifen, eine „fatale Spirale des Protektionismus“ käme in Gang.<sup>9</sup> Auch EU-Handelskommissar Peter Mandelson erteilte der Freihandelszone eine klare Ab-

---

<sup>2</sup> Matthias Wissmann, 'TAFTA! Für eine transatlantische Freihandelszone', *Die Welt*, 24.9.2006.

<sup>3</sup> Matthias Wissmann, 'Für eine starke transatlantische Wirtschaftspartnerschaft – die USA und die EU auf dem Weg zu einem gemeinsamen Markt im 21. Jahrhundert'. Berlin, Oktober 2006.

<sup>4</sup> 'Deutschlands Verantwortung und Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen', Beschluss des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands vom 23. Oktober 2006.

---

<sup>5</sup> Jens van Scherpenberg, 'Die Integration des Atlantischen Wirtschaftsraums', SWP-Studie, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, September 2006, S. 6.

<sup>6</sup> 'Wirtschaft für neue Freihandelszone', *Süddeutsche Zeitung*, 22.9.2006.

<sup>7</sup> 'Gefahr von Handelsblöcken', Interview mit Juergen B. Donges, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.9.2006. Von 2000-2002 war Donges Mitglied des Sachverständigenrats (die sog. 'Wirtschaftswaisen'), der alljährlich seine Gutachten über die wirtschaftliche Lage der BRD vorstellt.

<sup>8</sup> 'Wo der Staat interveniert, zahlen die Leute drauf', Interview mit Juergen B. Donges, *WirtschaftsWoche*, 41/2006, 13.10.2006.

<sup>9</sup> 'Fatale Spirale bei transatlantischer Freihandelszone', *WirtschaftsWoche* 40/2006, 2.10.2006.

sage: „Ich kenne kein EU-Land, das diese Idee unterstützt“, behauptete er. Der Rest der Welt würde mit „Entsetzen“ reagieren, sollten die beiden größten Wirtschaftsböcke untereinander exklusive Handelsvorteile vereinbaren.<sup>10</sup>

Mandelsons Kollegin auf der anderen Seite des Atlantiks sah das jedoch ganz anders. Die US-Handelsbeauftragte Susan Schwab begrüßte den Merkel-Vorschlag. Liberalisierungsinitiativen, ob bilateral, regional oder multilateral, seien stets positiv. Sie glaube daher auch nicht, „dass Merkel in irgendeiner Weise den multilateralen Dialog oder Deutschlands Unterstützung für die Verhandlungen der Doha-Runde unterminiert“.<sup>11</sup> Und der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags stellte fest, trotz mancher Einwände „unterstützt die US-Regierung die Bildung einer TAF-TA“.<sup>12</sup>

Schlug man schließlich den „Spiegel“ auf, ließ sich erahnen, dass dieser Vorschlag womöglich weit über trockene Handelsfragen hinausreicht. In einer Titelgeschichte verkündete der Autor Gabor Steingart, die asiatischen „Angreiferstaaten“, vor allem

China und Indien, hätten dem Westen den „Weltkrieg um Wohlstand“ erklärt.<sup>13</sup> Setze er sich nicht gegen den chinesischen „Termitenstaat“ zur Wehr, werde er selbst zur „raueren Spielweise“ gedrängt.<sup>14</sup> Westliche Werte würden von den Angreifern permanent mit Füßen getreten und kämen per Wettbewerbsdruck auch bei uns unter die Räder: „Will der westliche Firmenchef nicht an jedem Handelstag als Verlierer vom Platz gehen, muss auch er seine Betriebsräte domestizieren, seine Umweltgesetze lockern und die soziale Absicherung stückweise wieder an die Familie oder den Einzelnen zurücküberweisen.“

China, in dessen Wirtschaftsleben Tote „billigend in Kauf genommen“ würden, sei eine „düstere“ Großmacht, „weil wir nicht fühlen, was sie fühlen, nicht wissen, was sie denken, und nicht einmal ahnen, was sie planen“. Steingart hingegen meint zu wissen, dass „das Gegenüber anderen als friedlichen Zielen nachhängt“. Als Antwort propagiert er die transatlantische Freihandelszone, eine „Nato der Wirtschaft“: „Was die Nato im Zeitalter militärischer Bedrohung für den Westen bedeutete, könnte im Angesicht der ökonomischen Herausforderung eine transatlantische Freihandelszone leisten.“ Amerikaner und Europäer müssten wieder enger zusammenrücken: „Die im Kalten Krieg bewährte Waffenbrüderschaft könnte im Weltwirtschaftskrieg fortgesetzt werden“, tönt es martialisch bei Steingart. Seelenverwandtschaft entdeckt

---

<sup>10</sup> 'EU-Handelskommissar lehnt Freihandelszone ab', Manager-Magazin, 3.10.2006. Mandelsons Haltung spiegelt sich auch in der neuen Handelsstrategie der EU-Kommission wieder. Darin betont sie einerseits ihre bleibende Verpflichtung gegenüber der multilateralen Liberalisierung im Rahmen der WTO, benennt aber andererseits eine Reihe von Ländern, mit denen sie bilaterale Freihandelsabkommen abschließen möchte: die ASEAN-Staaten, Südkorea, den Mercosur, Indien, Russland und den Golf-Kooperationsrat. Nordamerika hingegen ist nicht darunter. Siehe: 'Global Europe Competing in the World', European Commission, External Trade, Brüssel 2006.

<sup>11</sup> 'US expresses support for transatlantic free trade zone', Financial Times, 21.9.2006.

<sup>12</sup> 'Das Konzept einer transatlantischen Freihandelszone', Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Nr. 49/06, Berlin, 19. Oktober 2006.

---

<sup>13</sup> Siehe Gabor Steingart, 'Weltkrieg um Wohlstand', Der Spiegel, Nr. 37, 11.9.2006, S. 44-75. Unter dem gleichen Titel erschien ein Buch des Autors, aus dem Spiegel Online mehrere Ausschnitte veröffentlichte.

<sup>14</sup> Gabor Steingart, 'Westbündnis gegen Asien. Drei Gründe für eine Nato der Wirtschaft', Spiegel Online, 22.9.2006.

er bei seiner Kanzlerin, die der Gedanke eines „wehrhaften Westens“ ebenfalls be-  
wege. In der transatlantischen Freihand-  
delszone erblicke sie einen „Zusammen-  
schluss der Gleichgesinnten“. <sup>15</sup>

## 2. Stichwortgeber: Lobbys mit parla- mentarischem Arm

So überzogen das Säbelrasseln des  
„Spiegel“ auch erscheinen mag, bei Mer-  
kels Vorstoß geht es tatsächlich um einen  
„wehrhaften Westen“ – ökonomisch und  
militärisch. Die „Transatlantiker“ in Europa  
und in den USA, ihre Politiker, Industrie-  
verbände und Think Tanks wittern derzeit  
Morgenluft. Das Zerwürfnis zwischen ein-  
zelnen EU-Staaten und den USA über den  
Irak-Krieg scheint überwunden – und dar-  
auf wollen sie aufbauen.

Zufrieden diagnostiziert eine Studie der  
EU-Kommission „einen erneuerten Willen  
auf beiden Seiten, die Irak-Krise hinter  
sich zu lassen und zu zeigen, dass es eine  
genuine Allianz zwischen Europa und  
Amerika gibt.“ Sie empfiehlt ausgehend  
von einem „verbindlichen Wirtschaftspart-  
nerschaftsabkommen“ eine Vertiefung der  
transatlantischen Beziehungen. Ange-  
sichts der Schaffung eigenständiger militä-  
rischer EU-Kapazitäten müssten diese  
sich auch auf die Sicherheitspolitik er-  
strecken. <sup>16</sup> Ähnliches fordert das „Center  
for Strategic and International Studies“  
CSIS in Washington. Neben einem ge-

meinsamen Markt wirbt das CSIS für ein  
„Euro-Atlantisches Partnerschaftsabkom-  
men“, dem neben EU und USA auch alle  
NATO-Mitglieder angehören sollen. <sup>17</sup>

Die Washingtoner Denkfabrik unterhält  
enge Beziehungen zu den zwei Lobbyor-  
ganisationen Transatlantic Business Dia-  
logue TABD und Transatlantic Policy Net-  
work TPN. Aufgrund seiner ungewöhnli-  
chen Zusammensetzung übt vor allem das  
Transatlantic Policy Network einen enor-  
men Einfluss aus. Ihm gehören nicht nur  
rund 40 Großunternehmen an, darunter  
Bertelsmann, Boeing, Coca-Cola, Daimler-  
Chrysler, Deutsche Bank und Microsoft,  
sondern auch 123 Abgeordnete des US-  
Kongresses und des Europaparlaments.  
Hinzu kommen Think Tanks, Handels-  
kammern und Arbeitgeberverbände. Füh-  
rende Rollen im TPN spielen zwei deut-  
sche EU-Abgeordnete: die Sozialdemo-  
kratin Erika Mann als Vorsitzende des EU-  
Steuerungskomitees und der Christdemo-  
krat und Bertelsmann-Mitarbeiter Elmar  
Brok. <sup>18</sup>

Im Dezember 2003 veröffentlichte das  
Transatlantic Policy Network seine Strate-  
gie zur euro-amerikanischen Integration.  
Der zentrale Ansatz des TPN besteht in  
der Verknüpfung von wirtschaftlichen,  
militärischen und politischen Kapitalinter-  
essen. Auf wirtschaftlichem Gebiet tritt das  
TPN für die Vollendung des transatlanti-  
schen Marktes bis 2015 ein, wobei die  
Kooperation sich auch auf internationale  
Währungs- und Handelspolitik erstrecken

---

<sup>15</sup> Siehe FN 13 und 14.

<sup>16</sup> 'Review of the Framework for Relations between  
the European Union and the United States', Euro-  
pean Commission, Directorate General External  
Relations, Brüssel 2005.

---

<sup>17</sup> 'Initiative for a Renewed Transatlantic Partner-  
ship', Center for Strategic and International Studies,  
Washington, 1. August 2006.

<sup>18</sup> Vgl. die TPN-Webseite: [www.tponline.org](http://www.tponline.org). Laut  
seiner Erklärung finanzieller Interessen beim Euro-  
parlament bekleidet Elmar Brok den Posten  
eines 'Senior Vice President Media Development'  
bei der Bertelsmann AG.

soll. Auf militärischem Gebiet hält es vor allem andauernde Investitionen in die europäischen Kapazitäten für erforderlich. Allerdings müssten diese „komplementär“ zu denen der NATO verbessert werden. Ferner sei die globale Einsatzfähigkeit der EU- und NATO-Streitkräfte sowie die wechselseitige Öffnung der Rüstungsmärkte voranzutreiben. Um seinem Wunschzettel zu größerer politischer Durchschlagskraft zu verhelfen, forderte das TPN schließlich das „Transatlantische Partnerschaftsabkommen“.<sup>19</sup>

Darauf setzte sich der parlamentarische Arm des Netzwerks in Bewegung. Die Europaabgeordneten Elmar Brok und Erika Mann brachten die TPN-Forderungen teils wortwörtlich in Form zweier Initiativberichte ins Europaparlament ein, das diese im Frühjahr 2006 auch annahm. Während Elmar Broks Bericht<sup>20</sup> den politischen und militärischen Teil der TPN-Strategie abdeckt, liefert Erika Manns Eingabe<sup>21</sup> den komplementären ökonomischen Part. Im schönsten Gleichklang mit der Industrie ruft nun also auch das Europaparlament nach dem Partnerschaftsabkommen. Bis 2015 soll dies zur Realisierung eines „transatlantischen Marktes ohne Schranken“ führen, „mit einem vorgezogenen Zieldatum 2010 für die Finanzdienstleistungs- und Kapitalmärkte“ (Mann-Bericht). Ebenso fordern die Parlamentarier, „die Erhöhung der militärischen Kapazitäten Europas“ und die Öffnung des US-

Rüstungs- und Technologiemarktes für europäische Firmen (Brok-Bericht). Stolz vermeldete das TPN schließlich, dass auch das US-Repräsentantenhaus eine ähnliche Resolution verabschiedete.

Die jüngsten deutschen Vorstöße in diese Richtung sind insofern Früchte der erfolgreichen Lobbyarbeit des Transatlantic Policy Network. Sein breiter, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik umfassender Ansatz findet sich genauso in dem außenpolitischen Beschluss des CDU-Bundesvorstands. Zu den Feldern, die das angestrebte Partnerschaftsabkommen abzudecken habe, zählen die Christdemokraten einen ständigen transatlantischen Konsultationsmechanismus im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, die enge Kooperation von EU und NATO, die Zusammenarbeit im Bereich der internationalen Wirtschafts-, Finanz- und Handelsbeziehungen, die Überwindung von Handelshemmnissen und „langfristig die Schaffung eines transatlantischen Marktes“.<sup>22</sup>

### **3. Strategische Partnerschaft mit Seitensprung**

Die neuen Initiativen der Transatlantiker sollten allerdings nicht den Blick dafür verstellen, dass die euro-amerikanische Integration bereits munter voranschreitet. Auf ökonomischem Gebiet ist sie besonders weit gediehen. Selbst die bilateralen Konflikte über Flugzeugsübsventionen, Gentechnik, Steuerwettbewerb, Stahlzölle oder über den Irak-Krieg konnten diesem Prozess nichts anhaben. Erleichtert konsta-

---

<sup>19</sup> 'A Strategy to Strengthen Transatlantic Partnership', Transatlantic Policy Network (TPN), Washington/Brüssel, 4. Dezember 2003.

<sup>20</sup> 'EU-USA Transatlantic Partnership Agreement', European Parliament Resolution on improving EU-US relations in the framework of a Transatlantic Partnership Agreement, P6\_TA-PROV(2006)0238.

<sup>21</sup> 'Entwurf eines Berichts über die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen', 1.2.2006, 2005/2082(INI).

---

<sup>22</sup> Siehe FN 4.

tiert ein Bericht des US-Kongresses, dass „die US-EU-Wirtschaftsbeziehungen sich trotz dieser Streitigkeiten dynamisch entwickeln“.<sup>23</sup> Neben den hohen bilateralen Handelsströmen bildet vor allem der anschwellende wechselseitige Bestand an ausländischen Direktinvestitionen das Herzstück der ökonomischen Interdependenz. Ende 2004 summierte dieser sich auf 1,5 Billionen €. Damit kontrollieren beide Blöcke über 60 Prozent des weltweiten Produktivvermögens. Zwei Drittel der ausländischen Direktinvestitionen europäischer und US-amerikanischer Firmen fließen noch immer auf die jeweils andere Seite des Atlantiks.<sup>24</sup>

Was bisher allerdings Schiffbruch erlitt, waren Initiativen für eine umfassende transatlantische Freihandelszone, die sich auch auf umstrittenere Bereiche wie die Agrarpolitik erstreckt. So erwiesen sich bereits in den 90er Jahren kursierende Vorschläge wie die TAFTA oder der Neue Transatlantische Markt als zu ambitioniert und wurden durch pragmatischere Ansätze wie die New Transatlantic Agenda NTA und die Transatlantic Economic Partnership TEP ersetzt. Fortan beschränkten sich beide Seiten vor allem auf die Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse, die aus unterschiedlichen Gesetzen und Normen resultieren.<sup>25</sup> Diesem inkrementellen Ansatz bleibt auch die beim EU-US-

Gipfel 2004 in Irland beschlossene „Integrations- und Wachstumsinitiative“ verhaftet. Darin verpflichten sich beide Seiten zur Kooperation in Bereichen wie Regulierung, Integration der Finanzmärkte, Sicherheit von Handel und Transport, Schutz geistigen Eigentums sowie bei der Beseitigung von Investitions- und Wettbewerbsschranken.<sup>26</sup> Eine institutionelle Unterfütterung, wie sie das Partnerschaftsabkommen liefern würde, fehlt hingegen.

Auf sicherheitspolitischem Gebiet gibt es eine deutliche Konvergenz der Bedrohungsszenarien. Übereinstimmend rücken die Sicherheitsstrategien der Europäischen Union und der USA den internationalen Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, „gescheiterte“ oder „Schurken“-Staaten ins Zentrum. Auch mögliche Gefährdungen der geregelten Rohstoffzufuhr spielen eine wichtige Rolle. Ebenso haben beide Seiten die Wende von der Landesverteidigung zur weltweiten Intervention längst vollzogen.<sup>27</sup> Dies schlägt sich auch in der NATO nieder: Deren „out of area“-Einsätze, etwa beim „peacekeeping“ in Afghanistan oder der Ausbildung von Sicherheitskräften im Irak, ziehen ihre schrittweise Erweiterung

---

<sup>23</sup> ‘EU-US Economic Ties: Framework, Scope, and Magnitude’, Congressional Research Service (CRS), Report for Congress, 17. Januar 2006.

<sup>24</sup> Während Europäer im Jahr 2004 Direktinvestitionen von 702 Milliarden € in den USA hielten, verfügten US-Amerikaner über einen Bestand von 802 Milliarden € in Europa. Vgl. ‘Bilateral Trade Relations with the US’, European Commission, Directorate General for Trade, August 2006.

<sup>25</sup> ‘EU-US free trade talks ahead?’, Corporate Europe Observatory, Amsterdam 2004.

---

<sup>26</sup> ‘The European Union and the United States Initiative to Enhance Transatlantic Economic Integration and Growth’, Dromoland Summit, 2004.

<sup>27</sup> In der Europäischen Sicherheitsstrategie etwa heißt es: “Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen.” Siehe ‘Ein sicheres Europa in einer besseren Welt – Europäische Sicherheitsstrategie’, Brüssel, 12. Dezember 2003. Vgl. auch die aktualisierte US-Sicherheitsstrategie: ‘The National Security Strategy of the United States of America’, Washington, März 2006.

zu einer globalen Organisation nach sich.<sup>28</sup>

Allerdings sorgt die forcierte Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ESVP auch für Konflikte. Misstrauisch beobachten die USA, dass die EU unabhängig von der NATO – und damit von den Vereinigten Staaten – global einsatzfähig wird. Verschiedene europäische Entscheidungen markieren diesen Trend: der Aufbau einer 60.000 Mann starken schnellen Eingreiftruppe mitsamt 18 kleinerer Eliteeinheiten (die sogenannten „Battle Groups“), die Gründung der Europäischen Rüstungsagentur und nicht zuletzt die Verabschiedung der Europäischen Sicherheitsstrategie. Der vorläufig gescheiterte Europäische Verfassungsvertrag hätte diesen Trend u.a. über eine faktische Aufrüstungsverpflichtung weiter verstärkt.<sup>29</sup>

Die europäische Aufrüstung liegt dabei im Interesse verschiedener politischer Flügel in der EU. Während in erster Linie Frankreich den „Vasallenstatus“ gegenüber den USA durch einen militärischen Gegenblock mit autonomen Kommandostrukturen überwinden will, meinen auch manche Linksliberale, nur europäische Militärkraft könne die USA auf einen friedlicheren Pfad führen. Ebenso betrachten Transatlantiker, die einen „wehrhaften Westen“ durch enge Anbindung an die USA wollen, die Militarisierung der EU als probates Druckmittel, um den Nordamerikanern die

nötige Kooperationsbereitschaft abzutrotzen.<sup>30</sup>

Unabhängig von den divergierenden Interessen, die sich mit der europäischen Aufrüstung verbinden, sind größere EU-Militäreinsätze ohne NATO-Unterstützung vorerst nicht möglich. Daher bleibt die transatlantische Kooperation für die EU-Strategen bis auf Weiteres unverzichtbar. „Die transatlantischen Beziehungen sind unersetzlich“, folgert die Europäische Sicherheitsstrategie und behauptet: „In gemeinsamem Handeln können die Europäische Union und die Vereinigten Staaten eine mächtige Kraft zum Wohl der Welt sein.“ Das Ziel einer wirkungsvollen, ausgewogenen Partnerschaft mit den USA sei ein Grund, „warum die EU ihre Fähigkeiten weiter ausbauen und ihre Kohärenz verstärken muss.“<sup>31</sup>

Die konkrete Ausgestaltung dieser strategischen Partnerschaft regeln spezielle EU-NATO-Übereinkommen, insbesondere die „Berlin Plus“-Vereinbarung vom März 2003. Dieser Deal ermöglicht es der EU, eigenständige Militäreinsätze unter Zugriff auf NATO-Kapazitäten durchzuführen. Als bisheriger Höhepunkt der EU-NATO-Kooperation gilt der EU-Einsatz „Althea“ in Bosnien und Herzegowina. Mit der Kommandoübergabe von der SFOR- auf die EUFOR-Truppe im Dezember 2004 begann der bisher umfangreichste EU-geführte Militäreinsatz in enger, teils auch konfliktiver Zusammenarbeit mit der NATO.<sup>32</sup>

---

<sup>28</sup> Ivo Gaalder/James Goldgeier, 'Global NATO', in: Foreign Affairs, Volume 85, No. 5, September/Okttober 2006, S. 105-113.

<sup>29</sup> In Teil I, Artikel 40, Absatz 3 des Entwurfs des Verfassungsvertrags heißt es: 'Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten regelmäßig zu verbessern'.

---

<sup>30</sup> Vgl. Jürgen Wagner, 'Partner oder Gegner? Die Militarisierung der Europäischen Union und die Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen', Informationsstelle Militarisierung, IMI-Studie 2004/01, Tübingen.

<sup>31</sup> Siehe FN 27.

<sup>32</sup> Vgl. Frank Kupferschmidt, 'Strategische Partnerschaft in der Bewährung. Die Zusammenarbeit von

## 4. Warum Europa die US-Armee finanziert

Auch wenn die transatlantischen Beziehungen in wirtschaftlicher Hinsicht bereits recht eng sind und auf militärischem Gebiet an die NATO gekoppelt bleiben, nähren neue Problemwahrnehmungen die aktuellen Vorstöße für eine Vertiefung der euro-amerikanischen Integration. Eine wichtige Rolle spielt Chinas wirtschaftliches Wachstum. Die Machtverschiebung in Asien weckt auch in den USA das Interesse an einem erneuerten Westbündnis.

Im Rahmen des „Princeton Project on National Security“ entwarf ein Kreis einflussreicher Experten der Außen- und Sicherheitspolitik – darunter Francis Fukujama, John Ikenberry und Robert Kagan – eine Langfrist-Strategie für die USA.<sup>33</sup> Als zentrale „politische Herausforderung mit einer militärischen Dimension“ betrachten sie den Aufstieg Chinas, der wegen der Fixierung auf den Mittleren Osten sträflich vernachlässigt worden sei. Zwar könne nicht prognostiziert werden, ob dieser Aufstieg die Vormachtstellung der USA bedrohe und zu Konflikten führe, „weil Chinas Absichten unbekannt sind.“ Gegen diese Möglichkeit aber gelte es sich abzusichern. Aus den ungeahnten Schwierigkeiten, denen die US-Besatzer im Irak gegenüberstehen, ziehen die Autoren folgende Lehre: „Die USA können ihre globale Führung nicht auf ‚Koalitionen der Willigen‘ stützen. Vielmehr brauchen sie formale, institutionalisierte Partnerschaften, die Ressourcen bündeln, Lasten teilen

und aktive Machtausübung legitimieren.“ Der Schlüssel zur Bewältigung künftiger Herausforderungen liege in der „Wiederbelebung der westlichen Ordnung“.

Aus diesem Grund empfiehlt das „Princeton Project“ den Vereinigten Staaten, eine „neue große Übereinkunft mit Westeuropa“ („a new grand bargain“). Kern dieser Übereinkunft wäre eine reformierte NATO, befreit von lästigen Vetomöglichkeiten kleinerer Mitgliedstaaten. In strategischen Fragen müssten die Nordamerikaner den Europäern Mitentscheidungsrechte einräumen, während diese sich zu einem substantziellen Beitrag verpflichten: „höhere Verteidigungsausgaben und eine Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt“. Ein US-geführter vereinter Westen biete die besten Aussichten, den Mittleren Osten zu befrieden, „Schurkenstaaten“ einzudämmen, den Terrorismus zu bekämpfen und China davon zu überzeugen, der westlichen Ordnung „beizutreten statt sie zu stürzen“.

Die wesentliche Erkenntnis dieser liberalen Imperialisten besteht darin, dass die Vereinigten Staaten zur Verteidigung der westlichen Ordnung mehr denn je auf eine verlässliche, institutionell abgesicherte Lastenteilung mit Europa und anderen Demokratien angewiesen sind. Allein ist ihnen dieser Job immer weniger möglich – auch aus ökonomischen Gründen.

Seit Anfang der 1980er Jahre verwandelten sich die USA vom größten Gläubiger zum größten Schuldner der Welt. Die weltweiten Kapitalexporte flossen zu immer höheren Anteilen in die USA. Dieser Prozess setzt sich bis heute fort: Empfangen die Vereinigten Staaten 1992 noch 25 Prozent der globalen Kapitalexporte, steigerte sich diese Rate 1995 auf 40 Prozent

---

NATO und EU bei der Operation Althea', SWP-Studie, Berlin, April 2006.

<sup>33</sup> Francis Fukujama/G. John Ikenberry, 'Report of the Working Group on Grand Strategic Choices', The Princeton Project on National Security, September 2005.

und 2005 auf 70 Prozent.<sup>34</sup> Vor allem Kapital aus Westeuropa und Asien fließt in US-amerikanische Geldanlagen. Investoren aus der Eurozone halten US-Titel im Wert von 3 Billionen Dollar, asiatische Investoren (hauptsächlich aus Japan und China) kommen auf 2,5 Billionen Dollar.<sup>35</sup> Den USA wiederum erlauben die ausländischen Zuflüsse hohe private und öffentliche Konsumausgaben, trotz negativer Sparquoten von Haushalten und Staat. Während das US-Budgetdefizit in diesem Jahr auf geschätzte 370 Milliarden Dollar klettert, liehen sich die USA im Jahr 2005 netto rund 805 Milliarden Dollar vom Rest der Welt; ihr Leistungsbilanzdefizit entspricht 6,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Somit subventionieren Europa und Asien mit ihren Krediten zwangsläufig die Politik der Bush-Regierung: Steuergeschenke an die Reichen und den gewaltigen Militäretat. Letzterer beläuft sich in diesem Jahr auf 441 Milliarden Dollar.

Obwohl also Europa, Japan und manche Schwellenländer den US-Verteidigungshaushalt über Jahre auffüllten, erhielten sie keinerlei Einfluss auf die amerikanische Außenpolitik. Im Gegenteil: Diese wurde seit den 80er Jahren immer unilateraler. In gewisser Weise handelt es sich bei der US-Armee um eine von den Europäern mitfinanzierte, aber nicht kontrollierte Söldnertruppe. Zwar stimmten Europäer mit deren Einsätzen des Öfteren

nicht überein, ihre Kredite an die USA blieben davon aber unberührt. Dies gilt auch für alle anderen Gläubiger, einschließlich China. Dessen Zentralbank zog mittlerweile an der japanischen vorbei und hortete die weltgrößten Devisenreserven im Wert von rund einer Billion Dollar.<sup>36</sup> Auf die Frage, warum also Europa und andere Gläubiger Amerikas Militäreinsätze finanzieren, antwortet der US-Sicherheitsberater Henry R. Nau, dass sie „enorm von der US-Politik profitieren“. Es gebe eine Übereinkunft unter den fortgeschrittenen Ländern, die bisher niemand ernstlich infragestelle: „Die USA sorgen für Sicherheit und Wachstum; Europa und andere Überschussländer zahlen für diese Dienste, indem sie ihre Ersparnisse in den Vereinigten Staaten anlegen.“<sup>37</sup>

Auch wenn nicht erkennbar ist, dass die aktuelle amerikanische Politik für Sicherheit sorgt, profitieren ihre Gläubiger tatsächlich. Denn die Kapitalzuflüsse ermöglichten den USA einen hohen Importüberschuss und stimulierten damit das exportgetriebene Wachstum in aller Welt. Mit ihren Krediten streichen Europäer, Japaner und Chinesen nicht nur Zinseinnahmen ein, sondern sichern zugleich den Absatz ihrer Exporte auf dem nordamerikanischen Markt. Nicht nur Zentralbanken investieren dabei in Dollars, sondern vor allem private Anleger. Trotz der seit Jahren niedrigen US-Zinsen schätzen sie die

---

<sup>34</sup> Katharina Pflück/Catherine Mann, 'The United States as Net Debtor: How much longer the Exorbitant Privilege?', Papier für das Transatlantische Kolloquium 'Between Underperformance and Overstretch', Institute for International Economics, Washington, 26.-27. Januar 2006.

<sup>35</sup> Alan Ahearne/Jürgen von Hagen, 'Global Current Account Imbalances: How to Manage the Risk for Europe', Bruegel Policy Brief, Issue 2005/02, Brüssel, Dezember 2005.

---

<sup>36</sup> 'China forex reserves hit \$1 trillion', Reuters, 6. November 2006.

<sup>37</sup> Henry R. Nau, 'The Political Reason for Global Economic Imbalances: Why Europe Finances American Military Activities Abroad and Economic Consumption at Home', Papier für das Transatlantische Kolloquium 'Between Underperformance and Overstretch', Institute for International Economics, Washington, 26.-27. Januar 2006.

Vorzüge des sicheren und hoch entwickelten amerikanischen Finanzmarkts.

## 5. Crash-Test: harte oder weiche Landung des Dollars?

Dieser implizite Deal zwischen Europa und den USA droht nun aber zu platzen. Ökonomen debattieren leidenschaftlich, wie lange die globalen Ungleichgewichte noch anhalten können. Eine weitere Erhöhung der US-Außenschuld halten die meisten für untragbar. Dennoch droht das Leistungsbilanzdefizit weiter zu steigen, von 6,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in 2005 auf möglicherweise 8 Prozent in diesem Jahr. Als dauerhaft tragfähig betrachten Ökonomen jedoch ein maximales Defizit von 3 Prozent. Ihr Szenario einer „harten Landung“ des Dollars bedeutet weltweite Rezession: Die steigende Verschuldung nährt bei ausländischen Investoren den Verdacht, dass der Dollar überbewertet sei. In Erwartung einer Abwertung und folgender Wechselkursverluste könnten sie ihr Kapital massenhaft abziehen, was die Währung rapide absacken ließe. Um gegenzusteuern, müsste die US-Zentralbank Federal Reserve die Zinsen drastisch erhöhen – und damit die Binnenwirtschaft strangulieren. Die Verteuerung langfristiger Kredite würde zum Einbruch von Investitionen und Aktienkursen führen. Hohe Zinsen und die US-Krise könnten sich zu einer weltweiten Rezession auswachsen. Wie viele Kollegen seiner Zunft meint auch der US-Ökonom William

Cline, dass die Chancen der harten Landung „mit dem Defizit steigen“.<sup>38</sup>

Damit es stattdessen zu einer weichen Landung kommt, müsste der Dollar kontrolliert gegenüber anderen Währungen abwerten. Dadurch würden US-Exporte billiger und Importe teurer, sodass das Leistungsbilanzdefizit langsam abgebaut werden könnte. Schätzungen für die hierfür nötige Dollarabwertung liegen zwischen 20 und 40 Prozent. Entsprechend müssten andere Währungen aufwerten. Das aber schwächt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft in den betroffenen Ländern. Die kritische Frage ist also: Wie verteilt sich diese unabwendbare Anpassungslast? Edwin M. Truman vom Washingtoner Institute for International Economics entwickelte dafür verschiedene Szenarien. Danach erfordert eine 20-prozentige Dollarabwertung eine durchschnittliche Aufwertung anderer Währungen um 25 Prozent. Ziehen asiatische Schwellenländer wie China oder Indien aber nicht mit, könnte ein Großteil der Anpassungslast auf den Euro entfallen, dessen Kurs um 68 Prozent steigen müsste. Finden die Aufwertungen jedoch hauptsächlich in Asien statt, bräuchte der Euro womöglich nur um 1 Prozent steigen.<sup>39</sup>

Ein besonderer Dorn im Auge orthodoxer Ökonomen sind dabei all jene Länder, die ihre Währung nicht frei schwanken lassen, sondern mehr oder minder eng an den

---

<sup>38</sup> William Cline, 'The Case for a New Plaza Agreement', Institute for International Economics, Policy Briefs in International Economics, Number PB05-4, Washington, Dezember 2005.

<sup>39</sup> Edwin M. Truman, 'Postponing Global Adjustment: An Analysis of the Pending Adjustment of Global Imbalances', Institute for International Economics, Working Paper, Number WP05-6, Washington, Juli 2005.

Dollar koppeln, so China, Indien, Taiwan, Malaysia und Hongkong. Aber auch Japan kaufte noch bis vor kurzem eifrig Dollars, um die Aufwertung des Yen zu verhindern und seinen Leistungsbilanzüberschuss zu verteidigen. China allerdings steht bei den Amerikanern im Zentrum der Kritik. Aufgrund seines Handelsüberschusses gegenüber den USA – 160 Milliarden Dollar in 2005 – fordern sie eine kräftige Aufwertung des Yuan, den sie als stark unterbewertet betrachten. Zudem beklagen sie die Auswirkungen auf die asiatischen Nachbarn. Aus Furcht, ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber China einzubüßen, würden auch sie sich weigern, ihre Währungen aufzuwerten.<sup>40</sup> Sinkt der Dollar aber massiv und bleiben wichtige asiatische Währungen an ihn gekoppelt, müsste hauptsächlich der Euro die Anpassungslast tragen und aufwerten – eine schlechte Nachricht für die Euroland-Exporteure, allen voran „Exportweltmeister“ Deutschland.

Schon bei einer gleichmäßigen Lastenteilung zwischen China, Japan, Europa und anderen Handelsüberschussländern (vor allem Ölexporteur) könnte es ungemütlich werden. Die Forscher des Brüsseler Think Tanks Bruegel, Alan Ahearne und Jürgen von Hagen, machen folgende Rechnung auf: Um das Handelsdefizit der USA auszugleichen, müssen die bilateralen Überschüsse ihrer Handelspartner um 700 Milliarden Dollar sinken. Bei einer gleichen Lastenteilung zwischen Asien, Europa und anderen Ländern würden die europäischen Nettoexporte um 233 Milliarden Dollar schrumpfen. Dies entspräche

---

<sup>40</sup> Vgl. C. Fred Bergsten, 'Clash of the Titans', Newsweek, International Edition, 24. April 2006. Mitte 2005 wechselte China zu einem Währungskorb, der jedoch nur zu einer minimalen Aufwertung von 2 Prozent führte.

2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU-15. Drei Millionen Arbeitsplätze in den handelsnahen Branchen gingen verloren und die durchschnittliche Erwerbslosenquote stieg von 7,5 auf 9 Prozent.<sup>41</sup>

In dem Maße, in dem der Dollarkurs sinkt, vermindert sich überdies der Wert aller auf Dollar lautenden Finanzanlagen. Wertet die US-Währung um 30 Prozent ab, schmilzt ebenso der Wert des 3 Billionen Dollar betragenden Vermögens, das Europäer in US-Anlagen investierten. Diese Kapitalvernichtung könnte negativ auf die künftigen Investitionen durchschlagen. Legt man zudem die Annahmen der Europäischen Zentralbank zugrunde, verdunkelt sich der Horizont weiter. Die EZB schätzt, dass eine 5-prozentige Aufwertung des Euro zu einer Wachstumseinbuße von 0,7 Prozent in der Eurozone führt. Bei einem angenommenen Wirtschaftswachstum von 2 Prozent könnte also schon eine 15-prozentige Euro-Aufwertung Europa in die Rezession stürzen.<sup>42</sup>

## 6. China, geh du voran!

Angesichts dieser für EU und USA gleichermaßen unerquicklichen Szenarien nehmen die Rufe nach transatlantischer Kooperation auch in der Währungspolitik zu. So fordert das „Center for Strategic and International Studies“ ein koordiniertes Vorgehen beider Mächte, um eine „schnelle Aufwertung der chinesischen

---

<sup>41</sup> Alan Ahearne/Jürgen von Hagen, FN 35.

<sup>42</sup> Angaben nach Bruce Stokes, 'The Stresses of Deep Integration: The Transatlantic Relationship's New Economic and Political Challenges', American Institute for Contemporary German Studies, Policy Report 23, Washington 2006.

und anderer asiatischer Währungen“ zu erreichen. Adam S. Posen vom Institute for International Economics setzt dafür besonders auf die Merkel-Regierung: „Wenn die Vereinigten Staaten weiterhin allein gegen China in der Währungsfrage vorgehen, ist es unwahrscheinlich, dass die chinesische Regierung die Yuan-Bindung signifikant verändert. In dem Fall wird jeder Dollarsturz primär vom Euro aufgefangen werden müssen, während die protektionistischen Neigungen in den USA weiter zunehmen. Die Vereinigten Staaten und Deutschland haben ein gemeinsames Interesse, dies zu vermeiden.“<sup>43</sup>

Damit verweist Posen zugleich auf den „spill over“ des amerikanisch-chinesischen Währungsstreits auf das transatlantische Verhältnis. Greifen die USA häufiger zu Handelssanktionen gegen chinesische Güter werden diese nach Europa umgelenkt und vergrößern hier das Handelsdefizit mit China (106 Milliarden € im Jahr 2005). Gegen diese Handelsumlenkung beklagte sich die EU bereits in den vergangenen Jahren. So verhängten die USA zwischen 1995 und 2005 in 19 Fällen Anti-Dumping-Zölle gegen chinesische Exporte, die EU hingegen in 5 Fällen. Wenig verwunderlich also, wenn Transatlantiker als Komplement einer abgestimmten Währungspolitik gegenüber China koordinierte euro-amerikanische Handelssanktionen fordern. Vereint könnten beide Blöcke enormen Druck ausüben: Die USA nehmen 27 Prozent, die EU 20 Prozent der chinesischen Güter ab. Mittels abgestimmter Erhebung von Strafzöllen ließe

---

<sup>43</sup> Adam S. Posen, 'The United States Needs German Economic Leadership', Institute for International Economics, Policy Briefs in International Economics, Number PB06-1, Washington, Januar 2006.

sich das exportabhängige China empfindlich treffen.<sup>44</sup>

Das US-Interesse an einer Stärkung der transatlantischen Bande steigt zudem durch die Sicherheitsrelevanz mancher Handelsfragen. Dies wurde überaus deutlich, als der Europäische Rat im Dezember 2004 ankündigte, das Waffenembargo gegen China aufheben zu wollen. Dies löste einen solchen Proteststurm auf Seiten der amerikanischen Regierung aus, dass die EU bisher keine Entscheidung traf.<sup>45</sup> Allerdings drängt die Kommission in ihrer neuen China-Strategie darauf, weiter auf eine Aufhebung des Embargos hinzuwirken.<sup>46</sup> Ähnliche Verärgerung löste die Beteiligung Chinas an dem europäischen Satellitennavigationssystem Galileo aus. Dieses ermöglicht sowohl zivile als auch militärische Nutzung. Mithin erhoffen sich US-Zirkel von einer transatlantischen Integration auch eine Verschiebung der europäischen Wahrnehmung Chinas – weg vom „strategischen Partner“, hin zu einer potenziellen militärischen Bedrohung.

## 7. Globale Lastenteilung und Krisenexport

Hinter den aktuellen Vorstößen für eine wehrhaftes Westbündnis stehen also neue Bedrohungsszenarien sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Art. Aus Per-

---

<sup>44</sup> Vgl. Bruce Stokes, FN 42.

<sup>45</sup> 'Review of the Framework for Relations between the European Union and the United States', European Commission, Directorate General External Relations, Brüssel 2005, S. 14f.

<sup>46</sup> 'EU-China: Closer partners, growing responsibilities', Communication from the Commission to the Council and the European Parliament, Brüssel 2006.

spektive der Transatlantiker bedarf es zur dauerhaften Verteidigung der US-geführten Weltordnung einer neuen globalen Lastenteilung. Ohne institutionalisierte Partnerschaften westlicher Demokratien werde es ungleich schwerer, das „globale öffentliche Gut“ der Sicherheit zu garantieren und einen wirtschaftlichen Absturz zu verhindern. Beide Dimensionen hängen eng zusammen: Eine „harte Landung“ des Dollars mitsamt globaler Rezession könnte auch das Militär unter Sparzwang setzen. Was aber wären die Folgen vertiefter Integration und Kooperation der beiden Weltmächte EU und USA? Die angestrebte Kooperation zur Vermeidung des globalen Crashes zielt wesentlich darauf ab, die Anpassungslasten so weit wie möglich auf die Dritte Welt und Lohnabhängige abzuwälzen. Ein Dollarsturz ließe sich auch durch kontrollierte Aufwertung des Euro (und des japanischen Yen) dämpfen. Höhere Importe und stärkere Binnennachfrage der Eurozone würden helfen, einen partiellen Ausfall des globalen Wachstumsmotors USA auszugleichen. Dies gilt vor allem für den weltgrößten Exporteur Deutschland. Jedoch sind gerade die deutschen Merkantilisten nicht bereit, durch eine binnenorientierte Politik zum weltweiten Ausgleich beizutragen. Stattdessen versuchen sie im Schulterschluss mit den USA, die Anpassungslast in der Peripherie abzuladen, vor allem in China. Die euro-amerikanische Front wollen sie nicht nur bilateral, sondern auch multilateral schließen.

Eines ihrer Instrumente ist der Internationale Währungsfonds IWF. In den Beschlüssen der diesjährigen IWF-Tagungen spiegelt sich diese Strategie bereits wider: Während die „Überschussländer im aufstrebenden Asien“ aufgefordert werden, „größere Wechselkursflexibilität“ zuzulas-

sen, findet sich kein diesbezügliches Wort zum „Exportweltmeister“ Deutschland oder zur Eurozone.<sup>47</sup> Scheinheilig schiebt auch der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück die Verantwortung nach Asien ab: „Chinesische Führerschaft“ bei der notwendigen Wechselkursanpassung sei „ein wertvoller Beitrag zum Ausgleich globaler Ungleichgewichte“.<sup>48</sup>

Während Deutschland die globalen Ungleichgewichte erhöht, trägt China immer stärker zur deren Ausgleich bei. Seit Anfang der 90er Jahre steigen Binnennachfrage und Importe der Volksrepublik kräftig an. Während in der verheerenden Asienkrise 1997/98 mehrere Länder der Region ihre Währung drastisch abwerteten, blieb Chinas Wechselkurs stabil. Mittlerweile verzeichnet das Land nicht nur bilaterale Handelsdefizite mit vielen seiner asiatischen Nachbarn, sondern auch mit Rohstoffexporteuren anderer Regionen. Damit trägt die chinesische Nachfrage zum Wachstum in der Dritten Welt bei.

Viele Länder, die in den letzten Jahren schwere Währungskrisen durchlitten, wechselten zu einer ähnlichen Politik wie China: Stabilisierung einer leicht unterbewerteten, an den Dollar gekoppelten Währung, Erwirtschaftung von Handelsüberschüssen und Akkumulierung hoher Devisenreserven. Dies ist eine klare Abkehr von der neoliberalen Dogmatik, die unbeeirrt Freigabe des Kapitalverkehrs und der Wechselkurse predigt. Es ist zudem einer der wenigen Auswege, die das deregulieren

---

<sup>47</sup> Siehe: Communiqué of the International Monetary and Financial Committee of the Board of Governors of the International Monetary Fund, 22. April 2006. Diese Forderung findet sich auch im 'Communiqué' vom 17. September 2006.

<sup>48</sup> Statement von Peer Steinbrück, International Monetary and Financial Committee, Thirteenth Meeting, 22. April 2006.

lierte Weltwirtschaftssystem seiner Peripherie überhaupt lässt.<sup>49</sup>

Allerdings: Diese Strategie hängt auf Ge-  
deih und Verderb davon ab, dass irgend-  
wer die Dritte-Welt-Exporte aufsaugt. Das  
waren bisher in erster Linie die USA. Fal-  
len sie aus und tritt niemand an ihre Stelle,  
ist diese prekäre Stabilisierung bedroht.  
Angesichts der hohen Überschüsse der  
Industrienationen Deutschland und Japan  
fordert die UN-Handels- und Entwick-  
lungskonferenz UNCTAD, dass die Besei-  
tigung der globalen Ungleichgewichte  
„hauptsächlich auf ihre Kosten stattfinden  
sollte“ und nicht „durch Druck auf Ent-  
wicklungsländer“.<sup>50</sup> Sie macht zudem auf  
den Preis der deutschen Exportweltmei-  
ster-Strategie aufmerksam: Diese stütze  
sich wesentlich auf „eine Begrenzung des  
Anstiegs der Lohnstückkosten“, mithin auf  
Reallohnverluste. Das deutsche Export-  
modell durch einen transatlantischen  
Schulterabschluss zu verteidigen, behindert  
folglich einen sozialen Ausgleich im In-  
und Ausland.

Nach Vorstellungen der Transatlantiker  
soll sich die euro-amerikanische Koordi-  
nation noch auf weitere multilaterale Insti-  
tutionen erstrecken, zum Beispiel auf die  
Welthandelsorganisation. Die Einwände  
mancher Freihändler, „ein integrierter At-  
lantischer Wirtschaftsraum würde das

---

<sup>49</sup> Wohlgermerkt: Die exportgetriebene Stabi-  
lisierung peripherer Ökonomien hat ihren Preis. Sie  
ist bestenfalls das kleinere Übel. Sie geht häufig  
auf Kosten der Binnenwirtschaft, verschärft  
schwelende Landkonflikte, befördert die subalterne  
Einbindung in globale Wertschöpfungsketten und  
ist oft durch Sozial- und Umweltdumping erkaufte.  
Diese Strategie ist Ausdruck eines Dilemmas, das  
ohne ein anderes Weltwirtschaftssystem unlösbar  
bleibt.

<sup>50</sup> UNCTAD, 'Trade and Development Report 2006',  
United Nations Conference on Trade and Devel-  
opment, New York/Genf 2006, S. 11.

multilaterale System der WTO beschädi-  
gen,“ hält SWP-Mann Scherpenberg für  
„wenig plausibel“. Bereits die europäische  
Integration habe sich positiv auf den Mul-  
tilateralismus ausgewirkt: Um keine  
Marktanteile in der EU zu verlieren,  
drängten seinerzeit auch die USA auf den  
Abschluss der Uruguay-Runde des GATT,  
die 1995 zur WTO-Gründung führte. „Das-  
selbe könnte auch für einen institutionell  
integrierten Atlantischen Wirtschaftsraum  
gelten“, so Scherpenberg.<sup>51</sup>

Die Präferenzvorteile, die EU und USA  
einander gewähren, ließen sich als  
Druckmittel gegenüber den übrigen WTO-  
Mitgliedern einsetzen: „Denn damit wäre  
das Angebot verbunden, auf den eigenen  
Präferenzvorteil aus der atlantischen Inte-  
gration partiell zu verzichten.“<sup>52</sup> Auf diese  
Weise könnte eine geschlossene nordat-  
lantische Front auch in der WTO dafür  
sorgen, einen Dollarsturz durch forcierte  
Marktöffnung im Süden aufzufangen. Die  
Anpassungskrise würde – wie so oft – an  
den Rändern des Weltsystems zum Aus-  
bruch gebracht.<sup>53</sup>

---

<sup>51</sup> Jens van Scherpenberg, 'Die Integration des  
Atlantischen Wirtschaftsraums', SWP-Studie,  
Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, Septem-  
ber 2006.

<sup>52</sup> FN 51.

<sup>53</sup> Eine wichtige Funktion des internationalen Insti-  
tutionssystems besteht darin, die wiederkehrenden  
Entwertungskrisen möglichst in der Peripherie zum  
Ausbruch zu bringen und regional zu begrenzen.  
Ausführlicher dazu: Thomas Fritz, 'Globale Produk-  
tion, Polarisierung und Protest', in: Thomas  
Fritz/Cícero Gontijo/Christian Russau, 'Produktion  
der Abhängigkeit: Wertschöpfungsketten. Investi-  
tionen. Patente', FDCL, Berlin, Oktober 2005, S. 7-  
52.

## 8. Militärs im Verteilungskampf

Wohin aber können sich all die Anleger wenden, die ihr Vermögen vor der Entwertung durch einen schwächelnden Dollar retten wollen? Hier ist vornehmlich Europa gefordert. Damit die aus den USA abgezogenen Gelder im Westen verbleiben, ist der hiesige Finanzmarkt als rettender Hafen auszubauen. Er muss vertieft, verbreitert und ausgeschachtet werden. Der hochentwickelte britische Finanzmarkt dient als leuchtendes Beispiel, dem auch der Kontinent folgen soll. Dafür aber sind lukrative Anlagemöglichkeiten zu schaffen. Unternehmen müssen sich weniger über den Bankkredit und mehr über die Börse finanzieren. Renten- und Krankenversicherung sind nicht mehr vom Staat, sondern von Investmentfonds zu betreiben. Öffentliche Infrastrukturen – Sparkassen, Stadtwerke, Universitäten und Krankenhäuser – sind in Senken für das anlagesuchende Überschusskapital zu verwandeln, das heißt Stück für Stück zu privatisieren. Um den Ausbau des Anleger-Hafens zu forcieren, setzt das vom Europaparlament geforderte „Transatlantische Partnerschaftsabkommen“ ein vorgezogenes Zieldatum 2010 für die schrankenlose Integration der euro-amerikanischen Kapitalmärkte.<sup>54</sup>

Denn diese Gelder werden auch aus anderem Grund dringend gebraucht. Entledigen sich die USA im Zuge der neuen Lastenteilung eines Teils ihrer Militärausgaben, müsse jemand anderes einspringen, meint Sicherheitsberater Nau.<sup>55</sup> Das europäische Establishment zumindest ist hierzu bereit: Dies bezeugen die faktische

Aufrüstungsverpflichtung des Verfassungsvertrags oder das Drängen des Europaparlaments auf „Erhöhung der militärischen Kapazitäten Europas“.<sup>56</sup> Internationale Anlagegelder kämen wie gerufen. Sie könnten die Verteilungskonflikte entschärfen, die die Europäische Rüstungsagentur fürchtet. In ihrer jüngst veröffentlichten Abschätzung des künftigen Kapazitätsbedarfs sorgt sie sich um die Überalterung Europas. Die schmelze nicht nur den rekrutierbaren Pool Wehrfähiger ab, sondern treibe auch die Gesundheits- und Pensionskosten in die Höhe. Der schrumpfende Anteil der Erwerbstätigen mindere überdies die Steuereinnahmen. Um zu zeigen, dass das Geld trotz knapper Kassen dennoch im Militär gut angelegt ist, liefert die Rüstungsagentur die Bedrohungsszenarien gleich mit: verschärfter Migrationsdruck in Europas Hinterhöfen in Afrika sowie Ressourcenkonflikte mit dem energiehungrigen China.<sup>57</sup>

Das Partnerschaftsabkommen würde nicht nur zur finanziellen Absicherung europäischer Aufrüstung beitragen, sondern auch zur engeren Kopplung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik an die NATO. Nicht umsonst fordert das Transatlantic Policy Network einen Ausbau europäischer Kapazitäten „komplementär“ zu denen der NATO.<sup>58</sup> Ebenso warnt der Vorschlag des CDU-Bundesvorstands vor dem Versuch, „Europa als Gegengewicht zu den USA zu etablieren“. Dieser müsse scheitern, „weil er zur Spaltung Europas führt.“<sup>59</sup> Dem

---

<sup>54</sup> Siehe Bericht von Erika Mann, FN 21.

<sup>55</sup> Siehe FN 37.

---

<sup>56</sup> Siehe FN 20.

<sup>57</sup> 'An Initial Long-Term Vision for European Defence Capability and Capacity Needs', European Defence Agency (EDA), 3. Oktober 2006.

<sup>58</sup> Siehe FN 19.

<sup>59</sup> Siehe FN 4.

widerspricht allerdings nicht, Europas militärisches Gewicht zu erhöhen und damit Druck auf die USA auszuüben. Ganz im Gegenteil wird die europäische Aufrüstung als Voraussetzung einer vertieften nordatlantischen Integration betrachtet. Daher heißt es in dem kürzlich von der Bundesregierung verabschiedeten Bundeswehr-Weißbuch: „Nur Nationen mit einer leistungsfähigen Rüstungsindustrie haben ein entsprechendes Gewicht bei Bündnisentscheidungen.“<sup>60</sup>

Im Ergebnis stünde die Dritte Welt einem noch geschlosseneren nordatlantischen Militärblock gegenüber. Den infolge eines Dollarsturzes möglicherweise sinkenden US-Verteidigungsetat würde die Europäische Union ausgleichen. Auf die hohe Konvergenz der Bedrohungsszenarien und die gemeinsamen „out of area“-Einsätze könnte die engere Koordination auf multilateraler Ebene folgen. Hierzu gehören gemeinsame Vorstöße im Rahmen der Vereinten Nationen zur Erweiterung des Spektrums völkerrechtlich legitimer Gewaltanwendung.

Das Bundeswehr-Weißbuch etwa verweist auf die „völkerrechtliche Lehre der ‚Responsibility to Protect‘“, die sich westliche Staaten nach dem Kosovo-Krieg zu Eigen machten. Zwar seien die Verfechter einer Erweiterung der Einsatzgründe noch in der Minderheit, langfristig aber werde diese Lehre „Auswirkungen auf die Mandatierung internationaler Friedensmissionen durch den Sicherheitsrat“ haben.<sup>61</sup> Kon-

zertierte nordatlantische Initiativen könnten also zur Redefinition des internationalen Rechts führen. Künftige euro-amerikanische Waffengänge – egal aus welchen Gründen sie angezettelt werden – sollen stets mit völkerrechtlicher Legitimation rechnen können.

## 9. Einmischung gefragt

Die aktuellen Vorstöße zur transatlantischen Integration gehen weit über traditionelle handelspolitische Fragen hinaus. In ihnen reflektieren sich neue Bedrohungsszenarien wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Art: der Aufstieg Chinas, die drohende globale Rezession nach einem abrupten Dollarsturz sowie die im Irak-Krieg gereifte Erkenntnis, dass die USA ohne institutionalisierte Bündnisse kein Garant globaler „Sicherheit“ sind. Für die Verteidigung der US-geführten Weltordnung suchen euro-amerikanische Strategen daher das Heil in einer vertieften Integration. Als Klammer für eine Vielzahl diesbezüglicher Vorschläge schält sich immer mehr das „Transatlantische Partnerschaftsabkommen“ heraus. Dieses umfasst nicht nur bilaterale wirtschafts- und sicherheitspolitische Fragen, sondern auch eine Koordination auf multilateraler Ebene.

Einem gestärkten „wehrhaften Westen“ käme es vor allem zu, eine neue globale Lastenteilung durchzusetzen. Dies betrifft sowohl die Anpassungslasten aus einer Dollarabwertung als auch die militärischen Kosten. Zwei Ziele stehen dabei im Vordergrund: die Abwälzung eines großen Teils der ökonomischen Anpassung auf die Dritte Welt sowie die Aufrüstung in Europa. Dazu bedarf es einerseits der

---

<sup>60</sup> Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Bundesministerium der Verteidigung, Berlin, Oktober 2006, S. 74.

<sup>61</sup> Weißbuch 2006, S. 51f., FN 59. Zur Kritik siehe: ‘Das Weißbuch der Bundeswehr: ‘Highlights’ des Kabinettsentwurfs’, Informationsstelle Militarisierung, IMI-Analyse 2006/025.

Währungsaufwertung und Marktöffnung in exportstarken Entwicklungsländern, andererseits einer Kanalisierung des womöglich aus den USA abfließenden Kapitals nach Europa und einer Expansion der hiesigen Finanzmärkte.

Gelingt dieses Manöver, würde der globale Süden nicht nur ökonomisch geschwächt, sondern stünde einem noch geschlosseneren westlichen Militärblock gegenüber. Angesichts schrumpfender Erwerbsbevölkerung müsste die europäische Aufrüstung wiederum durch Sozialkürzungen und höhere Kapitalimporte gegenfinanziert werden.

Unter den gegebenen Bedingungen wäre das euro-amerikanische Integrationsprojekt eine schlechte Nachricht für eine gerechtere und friedlichere Welt. Es trüge nicht nur zur Verschärfung sozialer Disparitäten bei, sondern auch zur weiteren Mi-

litarisierung der europäischen und amerikanischen Außenpolitik. Mehr noch: Der Schulterchluss des Westens stünde allen Versuchen im Weg, aus dieser Entwicklung auszubrechen.

Konzerne, das Europaparlament, neoliberale Think Tanks und konservative Zirkel drängen jedoch darauf, beim kommenden euro-amerikanischen Gipfel im April 2007 in Washington das „Transatlantische Partnerschaftsabkommen“ auf den Weg zu bringen. Die US-freundliche Bundeskanzlerin solle die deutsche EU-Präsidentschaft für eine solche Initiative nutzen. Den Moment betrachten die Transatlantiker als günstig. Ob ihr Kalkül aufgeht, hängt aber auch von Öffentlichkeit ab. Bisher erregten die weitreichenden Integrationspläne allerdings kaum Aufsehen. Dies sollte sich ändern.

## 10. Literatur

- Ahearne, Alan/von Hagen, Jürgen, 2005: Global Current Account Imbalances: How to Manage the Risk for Europe, Bruegel Policy Brief, Issue 2005/02, Brüssel, Dezember 2005.
- Bergsten, C. Fred, 2006: Clash of the Titans. Newsweek, International Edition, 24. April 2006.
- Bundesministerium der Verteidigung, 2006: Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr. Berlin, Oktober 2006.
- CDU, 2006: Deutschlands Verantwortung und Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen. Beschluss des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands, 23. Oktober 2006.
- Center for Strategic and International Studies, 2006: Initiative for a Renewed Transatlantic Partnership. Washington, 1. August 2006.
- Cline, William, 2005: The Case for a New Plaza Agreement. Institute for International Economics, Policy Briefs in International Economics, Number PB05-4, Washington, Dezember 2005.
- Congressional Research Service, 2006: EU-US Economic Ties: Framework, Scope, and Magnitude. Report for Congress, 17. Januar 2006.
- Corporate Europe Observatory, 2004: EU-US free trade talks ahead? Amsterdam 2004.
- Deutscher Bundestag, 2006: Das Konzept einer transatlantischen Freihandelszone. Wissenschaftliche Dienste, Nr. 49/06, Berlin, 19. Oktober 2006.
- Donges, Juergen B., 2006a: Gefahr von Handelsblöcken. Interview, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.9.2006.
- 2006b: Wo der Staat interveniert, zahlen die Leute drauf. Interview, WirtschaftsWoche, 41/2006, 13.10.2006.
- European Commission, 2005: Review of the Framework for Relations between the European Union and the United States. Directorate General External Relations, Brüssel 2005.
- 2006a: EU-China: Closer partners, growing responsibilities. Communication from the Commission to the Council and the European Parliament, Brüssel 2006.
- 2006b: Global Europe Competing in the World, European Commission, External Trade, Brüssel 2006.
- Europäische Sicherheitsstrategie, 2003: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Brüssel, 12. Dezember 2003.
- Europäisches Parlament, 2006: Entwurf eines Berichts über die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen. (Mann-Bericht), 1.2.2006, 2005/2082(INI).
- European Defence Agency, 2006: An Initial Long-Term Vision for European Defence Capability and Capacity Needs. 3. Oktober 2006.
- European Parliament, 2006: EU-USA Transatlantic Partnership Agreement. European Parliament Resolution on improving EU-US relations in the framework of a Transatlantic Partnership Agreement. (Brok-Bericht), P6\_TA-PROV(2006)0238.
- Fritz, Thomas, 2005: Globale Produktion, Polarisierung und Protest. In: Thomas Fritz/Cícero Gontijo/Christian Russau: Produktion der Abhängigkeit: Wertschöpfungsketten. Investitionen. Patente, FDCL, Berlin, Oktober 2005, S. 7-52.
- Fukujama, Francis/Ikenberry, G. John, 2005: Report of the Working Group on Grand Strategic Choices, The Princeton Project on National Security, September 2005.

- Gaalder, Ivo/Goldgeier, James, 2006: Global NATO. In: Foreign Affairs, Volume 85, No. 5, September/Oktober 2006, S. 105-113.
- IMFC, 2006: International Monetary and Financial Committee of the Board of Governors of the International Monetary Fund, Communiqués vom 22. April 2006 und 17. September 2006.
- Informationsstelle Militarisierung, 2006: Das Weißbuch der Bundeswehr: 'Highlights' des Kabinettsentwurfs'. IMI-Analyse 2006/025.
- Kupferschmidt, Frank, 2006: Strategische Partnerschaft in der Bewährung. Die Zusammenarbeit von NATO und EU bei der Operation Althea, SWP-Studie, Berlin, April 2006.
- Mann, Catherine/Pflück, Katharina, 2006: The United States as Net Debtor: How much longer the Exorbitant Privilege?. Papier für das Transatlantische Kolloquium 'Between Underperformance and Overstretch', Institute for International Economics, Washington, 26.-27. Januar 2006.
- Nau, Henry R., 2006: The Political Reason for Global Economic Imbalances: Why Europe Finances American Military Activities Abroad and Economic Consumption at Home. Papier für das Transatlantische Kolloquium 'Between Underperformance and Overstretch', Institute for International Economics, Washington, 26.-27. Januar 2006.
- President of the United States, 2006: The National Security Strategy of the United States of America. (Aktualisierte Fassung), Washington, März 2006.
- Steinbrück, Peer, 2006: Statement. International Monetary and Financial Committee, Thirteenth Meeting, 22. April 2006.
- Steingart, Gabor, 2006a: Weltkrieg um Wohlstand. Der Spiegel, Nr. 37, 11.9.2006, S. 44-75.
- 2006b: Westbündnis gegen Asien. Drei Gründe für eine Nato der Wirtschaft. Spiegel Online, 22.9.2006.
- Stokes, Bruce, 2006: The Stresses of Deep Integration: The Transatlantic Relationship's New Economic and Political Challenges. American Institute for Contemporary German Studies, Policy Report 23, Washington 2006.
- Transatlantic Policy Network, 2003: A Strategy to Strengthen Transatlantic Partnership. Washington/Brüssel, 4. Dezember 2003.
- Truman, Edwin M., 2005: Postponing Global Adjustment: An Analysis of the Pending Adjustment of Global Imbalances. Institute for International Economics, Working Paper, Number WP05-6, Washington, Juli 2005.
- UNCTAD, 2006: Trade and Development Report 2006. United Nations Conference on Trade and Development, New York/Genf 2006.
- van Scherpenberg, Jens, 2006: Die Integration des Atlantischen Wirtschaftsraums, SWP-Studie, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, September 2006.
- Wagner, Jürgen, 2004: Partner oder Gegner? Die Militarisierung der Europäischen Union und die Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen, Informationsstelle Militarisierung, IMI-Studie 2004/01, Tübingen.
- Wissmann, Matthias, 2006a: TAFTA! Für eine transatlantische Freihandelszone, Die Welt, 24.9.2006.
- 2006b: Für eine starke transatlantische Wirtschaftspartnerschaft – die USA und die EU auf dem Weg zu einem gemeinsamen Markt im 21. Jahrhundert. Berlin, Oktober 2006.